

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 48
November
2008

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

spannende Zeiten!

Während die Welt von der Weltfinanzenkrise in die Weltwirtschaftskrise und von dieser wiederum in eine Weltordnungskrise hechtet, rüsten sich einzelne Akteure – darunter unsere französischen und amerikanischen Freunde – für eine neue Zeit. Vor diesem Hintergrund sind die Beiträge von Ronja Kempin und Marc Oprach in der Tat **denkwürdig**.

Ob wir Deutschen uns vielleicht auch bewegen müssen?

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Das Weißbuch "Verteidigung und nationale Sicher- heit" und seine Umsetzung

von Dr. Ronja Kempin

4 Amerikas Rück- kehr zum Multila- teralismus

von Dr. Marc Oprach

THEMEN

Das Weißbuch "Ver- teidigung und natio- nale Sicherheit" und seine Umsetzung

Modernisierung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Am 17. Juni 2008 stellte der französische Präsident Nicolas Sarkozy das Weißbuch "Verteidigung und nationale Sicherheit" vor. Dem Dokument zufolge soll Frankreich seine Verteidigungspolitik tiefgreifend reformieren, um sich für die kommenden 15 Jahre effektiv gegen die Bedrohungen einer globalisierten Welt schützen zu können. Das Weißbuch leitet institutionelle, militäri-

sche und politische Veränderungen der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Zudem gab Premierminister François Fillon am 24. Juli mit der Vorstellung der "Carte militaire" die größte Umstrukturierung der französischen Streitkräfte seit dem Beschluss zur Abschaffung der Wehrpflicht 1996 bekannt. Mit den beiden Papieren unterstreicht die Regierung in Paris ihren Willen, Frankreich auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik grundlegend zu modernisieren.

Im August 2007 hatte Präsident Sarkozy eine Neufassung des französischen Verteidigungsweißbuchs angeordnet. Zu diesem Zweck setzte er eine 35-köpfige, aus Verwaltungsbeamten, Politikern, Wirtschaftsfachleuten und Wissenschaftlern bestehende Expertenkommission ein. Am 17. Juni 2008 übergab die Kommission dem Präsidenten das von ihr erarbeitete Weißbuch "Verteidigung und nationale Sicherheit". Das Dokument fasst weitreichende Veränderungen der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ins Auge. Erstens sieht es vor, Frankreichs Sicherheit im Zeitalter von globalisierten Risiken und Bedrohungen durch institutionelle Neuerungen, wie die Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates, besser als bisher zu gewährleisten. Zweitens spricht es sich dafür aus, die militärischen Fähigkeiten des Landes deutlich zu verbessern. Drittens will es die Handlungsspielräume Frankreichs in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch politische Richtungsänderungen erweitern. Neben einer Neuausrichtung der Afrika-Politik plädiert das Weißbuch auch für eine stärkere Europäisierung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Als wichtigste Neuerung konnte sich jedoch die von dem Dokument befürwortete Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der Nato erweisen.

Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Dass Frankreich den Willen besitzt, sich den sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen des globalen Zeitalters aktiv zu stellen, ist die wichtigste Botschaft des Weißbuchs.

Es entwirft ein komplexes Szenario neuer Risiken und Bedrohungen, denen das Territorium und die nationalen Interessen Frankreichs ausgesetzt seien. Als Problemfelder genannt werden die Krisen auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten, die Verlagerung des strategischen Schwerpunkts zugunsten Asiens, der Einfluss von Terrorismus, die Bedrohung durch ballistische Raketen und Angriffe auf wichtige Informationssysteme sowie organisierte Kriminalität, Klimawandel, Naturkatastrophen und Pandemien.

Diese Diversifizierung sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen habe zur Folge, dass die innere und äußere Sicherheit des Landes nicht länger getrennt voneinander behandelt werden könnten. Zudem müsse das Urteils- und Reaktionsvermögen des Staates angesichts eines immer komplexeren Umfeldes erheblich verbessert werden. Das Weißbuch spricht sich daher für die Einrichtung eines "Rates für Verteidigung und nationale Sicherheit" aus. Unter der Ägide des Staatspräsidenten sollen Premier-, Außen-, Innen-, Verteidigungs-, Finanz- und Wirtschaftsminister regelmäßig im Élysée-Palast zusammenkommen, um über notwendige sicherheitspolitische Maßnahmen zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Unterstützt würde die Arbeit dieses Gremiums durch einen ebenfalls im Élysée-Palast einzurichtenden "Nationalen Aufklärungsrat", dessen Aufgabe vorrangig in der Koordination der Nachrichtenbeschaffung bestehen soll.

Darüber hinaus empfiehlt das Dokument, die strategischen Kernfähigkeiten des Landes zu erweitern. Zusätzlich zu den vorhandenen Fähigkeiten der Krisen- und Konfliktprävention, der nuklearen Abschreckung (mit den Komponenten Luft und Boden), der militärischen Intervention und des Schutzes von Bevölkerung und nationalem Territorium soll Frankreich künftig auch über eine verbesserte Fähigkeit zur strategischen Nachrichtengewinnung und Aufklärung verfügen. Diese

Fähigkeit wird als entscheidend dafür angesehen, Veränderungen des internationalen Umfeldes besser beurteilen und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes an neue Herausforderungen anpassen zu können. Die politische Führung in Paris hat dieser Empfehlung bereits Rechnung getragen: Sie wird die finanziellen Aufwendungen für die Entwicklung neuer Satellitentechniken bis zum Jahr 2020 auf 760 Millionen Euro verdoppeln.

Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit

Darüber hinaus hat Paris beschlossen, den Schutz der Bevölkerung zu verbessern. 10000 Angehörige der französischen Streitkräfte werden künftig permanent im Inland in Bereitschaft gehalten. Sie sollen im Fall eines größeren Anschlags auf das nationale Territorium mitsamt militärischem Gerät zum Einsatz kommen.

Kritiker sehen in dieser Entscheidung einen Trend zur "Zivilisierung" der französischen Verteidigungspolitik. Dem Vorsitzenden der Weißbuchkommission, Jean-Claude Mallet, werfen sie vor, sich nicht gegen Sarkozys Vertraute durchgesetzt zu haben, deren verengter Blick auf Fragen der inneren Sicherheit den Status Frankreichs als Militärmacht gefährde. Hintergrund dieser Klagen ist zum einen der Beschluss, den Verteidigungshaushalt auf seinem derzeitigen Stand einzufrieren und ihn erst ab 2012 jährlich um ein Prozent anzuheben. Anlass zur Kritik gibt zum anderen die beschlossene Verringerung der Streitkräfte von derzeit 271000 auf 225000 Mann. Künftig soll das französische Heer 131000, die Luftwaffe 50000 und die Marine 44000 Personen umfassen. Die Truppenstärke der operativen Landstreitkräfte wird sich der Planung nach auf 88000 Soldaten belaufen; 30000 Mann (statt der bisher vorgesehen 50000) sollen innerhalb von sechs Monaten in bis zu 8000 Kilometer entfernte Krisengebiete entsandt werden können.

Parallel zur Verkleinerung des Militärapparats strukturiert die Re-

gierung in Paris auch die verteidigungspolitische Landkarte Frankreichs radikal um. Die am 24. Juli veröffentlichte "Carte militaire" sieht vor, Streitkräfte, die im selben Aufgabenbereich eingesetzt werden, jeweils an einem von 80 ausgewählten Standorten (sogenannten "bases de défense") zusammenzuführen. Dort sollen auch die entsprechenden Unterstützungsleistungen vorgehalten werden. Gemeinsam mit dem Abbau militärischer Dienstposten hat diese Bündelung der Kräfte zur Folge, dass in den kommenden fünf Jahren ganze Einheiten aufgelöst und 83 Militärstandorte geschlossen werden. Mit diesem Schritt verabschiedet sich die neue französische Regierung endgültig vom Konzept der Territorialverteidigung. Die Streitkräfte des Landes werden künftig ausschließlich auf Interventionen in entfernten Krisenregionen ausgerichtet sein.

Die Finanzmittel, die durch die Verschlinkung der Streitkräfte und die Aufgabe militärischer Liegenschaften eingespart werden, will die Regierung vollständig in die Beschaffung von Rüstungsgütern fließen lassen. Sie plant daher, die investiven Ausgaben im Bereich der Rüstungsbeschaffung bereits im kommenden Jahr von derzeit 15,2 Milliarden auf 18 Milliarden Euro anzuheben. Bis 2020 sollen insgesamt 377 Milliarden Euro für die Verteidigungspolitik des Landes ausgegeben werden.

Die freiwerdenden Mittel versetzen die Regierung jedoch nicht in die Lage, großangelegte neue Rüstungsprojekte in Auftrag zu geben. So wird über die Beschaffung eines zweiten Flugzeugträgers erst am Ende von Sarkozys laufender Amtszeit entschieden werden. Allerdings wird es den Verantwortlichen in Paris möglich sein, bestehende Defizite bei der Entsendefähigkeit von Landstreitkräften und deren Schutz vor Angriffen auszugleichen. Bis zum Jahr 2020 soll das Heer 250 Kampfpanzer (Typ Leclerc), 650 gepanzerte Transportfahrzeuge (Typ VBCI), 80 Kampf- und 130 Transporthubschrauber sowie 25000 hochmoderne Infanteriekampfanzüge (Typ Félin) erhal-

ten. Im maritimen Bereich ist der Aufbau einer Kampfgruppe mit 18 Zerstörern und Fregatten, sechs nukleargetriebenen Angriffs-U-Booten sowie einer Fliegerstaffel vorgesehen. Einschnitte wird es bei dem für Luftwaffe und Marine geplanten Kampfflugzeug Rafale geben. Das Verteidigungsministerium wird lediglich 200 Maschinen des Typs beschaffen – nicht 300, wie ursprünglich vorgesehen. Weil die Rafale im Vergleich zur veralteten Mirage 200D eine deutlich größere Leistungsfähigkeit besitzt, wird diese Anzahl jedoch als ausreichend betrachtet, um die Zielvorgabe des neuen Weißbuchs zu erfüllen, bis zu 70 Kampfflugzeuge für Auslandseinsätze verfügbare zu haben. Wenn es gelingt, diese Kapazitäten innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens zu beschaffen, dann genügen die geringen finanziellen Zuwächse des Verteidigungshaushalts, um Frankreich in einem Radius von etwa 8000 Kilometern weithin einsatzfähig zu halten.

Politische Neuausrichtung

Die weitreichendsten Konsequenzen könnte jedoch das dritte Element der geplanten Modernisierung mit sich bringen: die Neuausrichtung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Prinzipien Frankreichs. Zum einen spricht sich das Weißbuch für einen Kurswechsel in der Afrika-Politik aus. Ein halbes Jahrhundert nach der Entkolonialisierung soll das System der etwa 10000 Mann umfassenden "vorgelagerten Streitkräfte" Frankreichs in Afrika, das Paris jährlich 760 Millionen Euro kostet, aufgegeben werden. Vor allem angesichts der wachsenden strategischen Bedeutung Asiens, so die Kommission, sei es nicht länger möglich, flächendeckend auf dem afrikanischen Kontinent präsent zu sein; es reiche aus, zwei strategische Stützpunkte aufrechtzuerhalten, einen an der West-, den anderen an der Ostküste Afrikas. Ferner sollten die existierenden Kapazitäten zur Krisenprävention in der Sahelzone beibehalten werden. Obwohl die soeben vorgelegte "Carte militaire" keine Aussagen zur Schließung französischer Stützpunkte in Afrika macht, kann

als sicher gelten, dass Sarkozy diesen Schritt demnächst ankündigen wird. Bei der Vorstellung des Weißbuchs hat er sich bereits öffentlich dafür ausgesprochen, bestehende Verteidigungsabkommen mit afrikanischen Staaten offenzulegen und einer Überprüfung zu unterziehen.

Zum zweiten betrachtet es das Weißbuch als eine Priorität der französischen Sicherheitspolitik, die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Deshalb treten die Kommissionsmitglieder dafür ein, die EU sowohl mit Interventionsfähigkeiten als auch mit autonomen Planungs- und Führungsfähigkeiten auszustatten, die es ihr ermöglichen, zwei bis drei friedenserhaltende oder -sichernde Operationen parallel durchzuführen. Gleichzeitig wird empfohlen, die Integration auf diesem Politikfeld so intensiv voranzutreiben, dass die Mitgliedstaaten der EU schon bald vor der Notwendigkeit stehen könnten, ein gemeinsames europäisches Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszuarbeiten. Diesen Prozess soll Frankreich nach dem Willen der Kommission unter anderem durch eine Europäisierung seiner Verteidigungsindustrie, vor allem aber durch eine Rückkehr in die militärische Nato-Integration beschleunigen.

Das Plädoyer für eine "Normalisierung" der Beziehungen Frankreichs zur Atlantischen Allianz könnte sich als die wichtigste Passage des Dokuments erweisen. Sarkozy hatte der Kommission bei ihrer Einsetzung explizit den Auftrag erteilt, Vor- und Nachteile einer möglichen Reintegration des Landes in die militärischen Strukturen der Nato zu eruieren, die Frankreich 1966 verlassen hat. Mit ihrer Empfehlung hat sich die Kommission über die dominierende Auffassung in der Bevölkerung wie in der politischen Klasse Frankreichs hinweggesetzt, wonach eine vollständige Rückkehr in die integrierten Nato-Militärstrukturen darauf hinauslaufe, dass sich das Land der Außen- und Sicherheitspolitik der USA unterzuord-

nen habe. Dem hält das Weißbuch entgegen, dass Frankreichs Beharren auf einer Sonderstellung in der Nato angesichts der dramatischen Veränderungen des internationalen Umfelds, der Weiterentwicklung der Allianz und des französischen Engagements in militärischen Nato-Operationen weder kohärent noch vermittelbar sei. Zwar solle die Entscheidungsfreiheit der nationalen Politik auch in Zukunft gewahrt und die nukleare Unabhängigkeit des Landes erhalten bleiben; in Friedenszeiten dürften der Nato daher keine französischen Truppen unterstellt werden. Die Aufrechterhaltung dieser Prinzipien stehe einer Rückkehr Frankreichs in die integrierten Strukturen der Allianz jedoch nicht im Wege. Es scheint somit ausgesprochen wahrscheinlich, dass Sarkozy diesen von ihm persönlich befürworteten Schritt auf dem Nato-Gipfel im kommenden Frühjahr verkünden wird.

Die Bundesrepublik hätte sich von ihrem wichtigsten Partner in Europa keine bessere sicherheitspolitische Kursbestimmung wünschen können. Die angekündigte Modernisierung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann Berlin nämlich für eigene Ziele nutzen: Eine Rückkehr Frankreichs in die militärische Nato-Integration eröffnet die Möglichkeit, die geplante Erneuerung der Allianz gemeinsam mit Paris vorzubereiten. Angestoßen werden könnte dieser Prozess auf dem Nato-Gipfel 2009, den die beiden Länder gemeinsam in Straßburg und Kehl ausrichten werden. Zuvor bietet bereits die anstehende Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie eine Gelegenheit, Paris zu veranlassen, die Komplementarität von europäischer und transatlantischer Sicherheit anzuerkennen und unwiderruflich festzuschreiben.

Dr. Ronja Kempin, Berlin

Dr. Ronja Kempin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Autorin wieder.

Erstveröffentlichung des Beitrages in SWP-Aktuell, Nr. 68/2008, www.swp-berlin.org

THEMEN

Amerikas Rückkehr zum Multilateralismus

Die "Liga der Demokratien" als Ansatz zur Reform der gegenwärtigen Weltordnung

Der amerikanische Vordenker Robert Kagan bezeichnete die russische Militäraktion in Georgien als einen weltgeschichtlich bedeutsamen Wendepunkt unserer Zeit und stellte in einem vielbeachteten Artikel in der Washington Post vom 11. August den Tag des Einmarsches russischer Truppen in Georgien gar in eine Reihe mit dem Tag des Mauerfalls am 9. November 1989.¹ Als wolle ihm der russische Präsident Medwedew Recht geben, gab dieser bei der Eröffnungssitzung des russischen Staatsrats am 6. September bekannt: "Die Welt hat sich seit dem 8. August verändert. (...) Russland ist eine Nation, mit der wieder zu rechnen ist."²

Während demnach sowohl Kagan als auch Medwedew von einer Zeitenwende sprechen, vollzog sich neben dem militärischen Engagements Russlands in Georgien ein von der Öffentlichkeit in seiner enormen Tragweite weithin nicht erkannter sicherheitspolitischer Wandel.

So steht nicht die russische Militäraktion, sondern die politische Reaktion der Demokratien dieser Welt für den Beginn einer neuen Zeit, in der sich nicht nur die westliche Welt, sondern vor allem die neuen Demokratien Osteuropas und die demokratischen Nationen Asiens als handlungsfähig, selbstbewusst und einig erweisen. Zugleich scheint sich zunehmend ein Blockgegensatz der liberalen Demokratien und antidemokratischen Staaten zu ver-

festigen, der nicht nur in dem neuesten Buch Robert Kagans "Die Demokratie und ihre Feinde" beschrieben wurde, sondern auch in der Mitte Juli veröffentlichten "Konzeption der russischen Außenpolitik" des Präsidenten Medwedew Berücksichtigung fand. In diesem strategischen Papier des Kremls, dass aufgrund des wenige Tage darauf folgenden Georgienkonflikts in der westlichen Presse lediglich marginale Beachtung gefunden hat, wird klar von einer "globalen Konkurrenz" der "unterschiedlichen Werteorientierungen und Entwicklungsmodellen" gesprochen.³

Die US-Präsidentenwahl und der neue amerikanische Multilateralismus

Sowohl John McCain als auch Barack Obama stehen für einen hoffnungsvollen Neubeginn der amerikanischen Außenpolitik. Unabhängig von der Frage, ob der Kandidat der Demokraten oder der Republikanischen Partei am 20. Januar 2009 als neugewählter amerikanischer Präsident den Eid auf die Verfassung schwören wird, ist eine Abkehr von dem Unilateralismus der Bush-Administration zu erwarten. So versichern McCain als auch Obama gleichermaßen, dass sie der Diplomatie und den Stimmen ihrer Verbündeten größeren Respekt zollen und zudem den Einsatz militärischer Gewalt kritischer prüfen werden.

Im Zusammenhang einer zukünftigen Einbindung der amerikanischen Außenpolitik in das internationale System wies Florian Stöhr in einem Artikel in dem Kurier der Deutschen Atlantischen Gesellschaft im August 2008 zutreffend darauf hin, dass – "in Deutschland kaum bemerkt" – die Experten McCains als auch Obamas Ansätze jenseits einer reinen Reform der Vereinten Nation diskutieren.⁴

Insbesondere das außenpolitische Konzept des republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain ist in der Frage der neuen multilateralen Ausrichtung der Vereinigten Staaten eindeutig. Bereits im Februar 2008 führte McCain in einem Beitrag in der Süddeutschen Zeitung interessante Aspekte zu dem Thema der multilateralen Einbindung der Vereinigten Staaten aus, indem er hier die Gründung einer "Liga der Demokratien" in Ergänzung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen forderte. Diese Liga könnte immer dann einschreiten, wenn die Vereinten Nationen versagen würden, beispielsweise wenn es gelte, "taumelnde Demokratie zu unterstützen" oder "Druck auf repressive Regierungen auszuüben". Weiter heißt es: "Wenn ich Präsident werde, berufe ich ein Treffen der Demokratien ein, um die nötigen Schritte zu erkunden, diese Vision in die Realität umzusetzen – genau wie Amerika vor sechs Jahrzehnten die Führung übernommen hat, um die Nato zu schaffen."⁵

Ausgangspunkt der Idee war ein Bericht des Princeton Project on National Security im September 2006.⁶ Hier wurde die Vorstellung entwickelt, dass neben den klassischen Verbündeten auch demokratische Partner wie Indien, Südafrika, Brasilien und Mexiko in eine globale demokratische Ordnung eingebunden werden sollen. Einer der entscheidenden Ideengeber war Ivo Daalder, der bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Formierung eines Concert of Democracies als Reaktion auf die sicherheitspolitischen Herausfor-

http://www.deutschatlantischegesellschaft.de/cms/upload/kurier/Atlantischer_Kurier_03-2008.pdf

⁵ McCain, John: In alter Freundschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 7. Februar 2008.

<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/115/156700/>

⁶ Daalder, Ivo und James Lindsay: Democracies of the World, in: The American Interest, Jan. / Feb. 2007. <http://www.the-american-interest.com/ai2/article.cfm?id=220&Mid=8>
Zur Entstehung der Idee einer Liga der Demokratien sehr ausführlich: Rudolf, Peter: Ein „Bund der Demokratien“: Amerikas neuer globaler Multilateralismus?, SWP - Aktuell, April 2008. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4874

¹ Kagan: Robert: Putin Makes His Move, in: Washington Post, 11. August 2008. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/08/10/AR200808101871.html>

² Rede Präsident Medwedews bei der Eröffnungssitzung des russischen Staatsrats am 6. September: http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2008/09/06/1515_type82912type82913_206195.shtml

³ Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation vom 12. Juli 2008: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/preisz/kausspol.pdf>

⁴ Stöhr, Florian: „Uniting the World’s Democracies“? – Das Konzept der League of Democracies und seine Folgen für die transatlantischen Beziehungen, Atlantischer Kurier der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, August 2008.

derungen forderte. In einem gemeinsamen Artikel mit Robert Kagan in der Washington Post vom 6. August 2007 sprachen sie sich für die Formierung einer neuen globalen Institution aus, um bei zukünftigen Szenarien und Interventionen ein Höchstmaß an Legitimation sicherzustellen.⁷

Angesichts der Tatsache, dass Robert Kagan einer der wichtigsten außenpolitischen Berater McCains ist und Ivo Daalder Senator Obama in außen- und sicherheitspolitischen Fragen berät, erscheint der Umstand, dass die Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl vollzogen wird als unzweifelhaft.

Aus europäischer Perspektive überrascht vor allem, in welcher Offenheit und Eindeutigkeit Obama den unmandatierten Einsatz militärischer Macht ankündigt. So schreibt der in den hiesigen Medien als Erneuerer gefeierte Senator in seinem Beitrag "Renewing American Leadership" in der Zeitschrift *Foreign Affairs* vom Juli/August 2007: "I will not hesitate to use force, unilaterally if necessary, to protect the American people or our vital interests whenever we are attacked or imminently threatened."⁸ Auch in seinem autobiographischen Buch "Hoffnung wagen" schreibt er, dass die Vereinigten Staaten "das Recht" haben, "unilateral gegen eine direkte Bedrohung unserer Sicherheit vorzugehen".⁹

Angesichts dieser Ankündigungen stellt sich die Frage nach der näheren Ausgestaltung der neu-

en, multilateralen Außenpolitik und der Funktion und Bedeutung der Vereinten Nationen in den außenpolitischen Konzepten beider Bewerber.

Hier erscheint die Antwort Obamas schizophoren. So kündigt er zwar an, die Vereinten Nationen stärken zu wollen, und macht hierbei zudem deutlich, dass deren offenkundige Mängel nicht ein Argument sein dürfen, das amerikanische Engagement innerhalb der Vereinten Nationen zu reduzieren, andererseits lassen sich jedoch überaus negative und ablehnende Bemerkungen feststellen. So schreibt er in dem Buch "Hoffnung wagen", das "der Welt-sicherheitsrat, der durch seine Struktur und seine Regeln allzu oft in einer Zeitschleife des Kalten Krieges erstarrt zu sein scheint", kein "Vetorecht gegen unsere Maßnahmen haben sollte".¹⁰ Bei seiner vielbeachteten außenpolitischen Grundsatzrede in Berlin erwähnte Obama zwar eine starke Nato, würdigte die Vereinten Nationen jedoch mit keinem Wort. Auch bei seiner Nominierungsrede in Denver am 28. August kündigte Obama an, die amerikanische Armee stets mit einer klaren Mission zu entsenden, von einem Mandat sprach er nicht.

So zielt auch Obama auf einen effektiven oder wie er oftmals ausführt "funktionellen Multilateralismus" und lehnt die Idee einer Gründung einer Liga der Demokratien keinesfalls ab. Der von McCain lediglich offensiver als von seinem demokratischen Kontrahenten propagierte Vorschlag einer Gründung der Liga der Demokratien greift demnach eine Idee auf, die über die Parteilinien hinaus in die außenpolitische Debatte Amerikas eingebracht worden ist. Zudem ist bemerkenswert, dass sich auch andere Berater Obamas, wie beispielsweise Antony Lake, offen für diese Idee ausgesprochen haben.¹¹ Zunehmend wird daher

offenbar, dass sich dieses Thema unabhängig von dem Ausgang der Präsidentschaftswahl als ein wichtiger, die bisherige Weltordnung erheblich beeinflussender Aspekt erweisen wird.

In einer umfassenden Analyse des Forschungsgruppenleiters Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik, Peter Rudolfs, werden die Handlungsoptionen der deutschen Außenpolitik zwischen Zustimmung und Ablehnung dargestellt. Er gibt zu bedenken, dass es fraglich bleibe, ob die Liga als Kern einer neuen internationalen Organisation dienen könne, insbesondere wenn diese die Autorität der etablierten Institutionen, vor allem der Vereinten Nationen, untergraben könnte.¹²

Angesichts dieses drohenden Bedeutungsverlustes überrascht es nicht, dass insbesondere der russische Präsident Medwedew ein vehementer Kritiker dieser Überlegungen ist: "Ich möchte gleich anmerken, dass es keine andere ähnliche Organisation gibt und, aller Voraussicht nach, in den nächsten Jahren auch nicht geben wird. Versuche, die UNO durch 'exklusive Formate' zu ersetzen – Vorschläge dazu werden von Zeit zu Zeit unterbreitet – würden für die gegenwärtige Weltordnung absolut zerstörerische Folgen haben."¹³ Dieses Statement des russischen Präsidenten während seines Berlin-Besuches am 5. Juni 2008 offenbart einerseits seine grundsätzlich ablehnende Haltung, zugleich richtet sein Statement den Blick auf den Kern einer ebenfalls höchst aktuellen Frage. Bedarf die gegenwärtige Weltordnung einer grundlegenden Reform? Müssen alte Strukturen "zerstört" werden, um den aktuellen, globa-

⁷ Kagan, Robert und Ivo Daalder: The Next Intervention, in: Washington Post, 6. August 2007. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/08/05/AR2007080501056.html> und Kagan, Robert und Ivo Daalder: America and the Use of Force: Source of Legitimacy, Bridging the Foreign Policy Divide. The Stanley Foundation, Juni 2007. <http://www.stanleyfoundation.org/articles.cfm?id=382>

⁸ Obama, Barack: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs, Nov. / Dez. 2007. <http://www.foreignaffairs.org/20070701faessay86401/barack-obama/renewing-american-leadership.html>

⁹ Obama, Barack: Hoffnung wagen. Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream, München 2007 (deutsche Ausgabe), S. 396.

¹⁰ ebenda.

¹¹ Zur besonderen Bedeutung der außenpolitischen Berater siehe: Wagner, Robert: US-Außenpolitik zwischen Change und Beständigkeit, Veröffentlichung des Auslandsbüros USA der Konrad-Adenauer-Stiftung, Juli 2008, S. 3 f.

http://www.kas.de/wf/doc/kas_14153-544-1-30.pdf

¹² Rudolf, Peter: Ein „Bund der Demokratien“: Amerikas neuer globaler Multilateralismus?, SWP-Aktuell, April 2008, S. 8.

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4874

¹³ Rede Präsident Medwedews am 5. Juni 2008 in Berlin: <http://www.petersburger-dia-log.de/files/Rede%20Medwedew%20deutsch.pdf>

len Herausforderungen Herr werden zu können?

Unzweifelhaft erscheint, dass die in der Vergangenheit bewährten Strategien der internationalen Staatengemeinschaft zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Bedrohungen nicht ausreichen. Dennoch ist die Reaktion deutscher Politiker und Sicherheitsexperten auf die in dem amerikanischen Wahlkampf diskutierten Vorschläge zumeist skeptisch bis ablehnend.

In einem Gastkommentar des Handelsblatts vom 19. Juni schreibt etwa der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich, dass das "Gewaltmonopol des Weltsicherheitsrats" nicht durch eine "wie auch immer gestaltete Gerechtigkeitsliga der Demokratien ersetzt oder weiter ausgehöhlt werden" dürfe, da dies die Welt nicht sicherer machen, sondern vielmehr "der Willkür Tür und Tor öffne".¹⁴ Auch Hans-Ulrich Klose hält die Idee einer Gründung einer Liga der Demokratien für äußerst problematisch und gab seinen Bedenken in einem n-tv Interview am 2. Mai Ausdruck.¹⁵

So fällt bereits heute auf, dass in Deutschland die einhellige Antwort auf die Frage, wer auf globale Krisen und Herausforderungen zu reagieren habe, stets mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beantwortet wird. Als ein Beispiel von vielen kann hier der Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Michael Brzoska, genannt werden, der betont, dass es zum "Sicherheitsrat keine Alternative" gäbe und die Welt ohne den Sicherheitsrat "weniger friedlich" wäre.¹⁶

Eine Neuauflage der Außenpolitik George W. Bushs?

Entscheidendes Argument gegen eine Formierung einer Liga der Demokratien ist, dass das unilaterale Vorgehen der Bush Regierung und auch das amerikanische Projekt eines Demokratieexports gescheitert und nachhaltig diskreditiert ist. Die Gründung einer Liga ist jedoch keineswegs mit der globalen Freiheitsagenda Bushs und seinem Versuch der Demokratisierung der Welt deckungsgleich. So ist erklärbar, dass George W. Bush und auch seine Außenministerin Condoleezza Rice zu keinem Zeitpunkt die Idee einer Gründung eines solchen Forums forcierten. Rice äußerte sich anlässlich eines Pressestatements am 2. August 2008 kritisch zu einem solchen Vorschlag. Es sei ein Irrglaube, den UN-Sicherheitsrat ersetzen zu können und zudem anzunehmen, dass die demokratischen Staaten identische Positionen vertreten würden.¹⁷ Insbesondere der zuletzt genannte Umstand verhinderte, dass die Idee einer Liga der Demokratien Eingang in die Agenda der Bush-Administration gefunden hat. Der fundamentale Unterschied der Liga zu einer von ihm bevorzugten Koalition der Willigen ist, dass kritische Stimmen demokratischer Partner nicht länger ungehört bleiben können.

Die Wahl des neuen US-Präsidenten ist aus europäischer Sicht an die Frage gekoppelt, wie es zukünftig gelingen kann, Amerika stärker als bisher in internationale Institutionen einzubinden. Seit jeher vermeidet die amerikanische Regierung internationale Verträge, die den eigenen Gestaltungsspielraum minimieren. Nur da die Idee zur Gründung einer Liga der Demokratischen Nationen auf einen amerikanischen Vorschlag reflektiert, wäre eine Zustimmung denkbar. Hierbei erscheint wesentlich, dass zwischen den Motiven und Effekten unterschieden wird. Unzweifelhaft ist, dass sich der eine oder andere amerikanische Politiker eine

Liga der Demokratien wünscht, um hierdurch außenpolitisch das Siegel der multilateralen Legitimation zu erhalten, sollten China und Russland im Sicherheitsrat ihr Veto-Recht ausüben. – Der Effekt könnte jedoch ein anderer sein. Robert Kagan wies zutreffend darauf hin, dass gerade aus europäischer Sicht die Gründung einer Liga der Demokratien wünschenswert sei, da "sie die Vereinigten Staaten in eine Institution einbetten könnte, wo sie geneigt wären, auch die Entscheidungen und die Wünsche der Kollegen zu respektieren".¹⁸

Andererseits betonen beide Präsidentschaftskandidaten, dass die USA auch alleine handeln werde, wenn die amerikanische Sicherheit direkt bedroht sei. Letztlich wird kein US-Präsident die Anwendung militärischer Gewalt und dabei auch unilaterales Handeln ohne Verbündete ausschließen, wenn es um die Verteidigung wichtiger amerikanischer Sicherheitsinteressen geht. So herrschte bei beiden Kandidaten anlässlich der Fernsehdebatte am 7. Oktober in diesem Punkt Einigkeit. McCain versicherte "we obviously would not wait for the UN Security Council" und Obama pflichtete ihm bei "it is important that we don't provide veto power to the UN or anyone else in acting in our interests".¹⁹

Auch in Zukunft scheint ausgeschlossen, dass die neue US-Regierung den Multilateralismus in gleicher Weise wie Deutschland als Wert an sich und das Völkerrecht als übergeordnete Autorität anerkennen wird. Mit der deutschen außenpolitischen Prägung und Tradition, der Orientierung an Völkerrecht und Multilateralismus sowie der historisch bedingten Zurückhaltung bei offensiven Militäreinsätzen prallen die amerikanischen Konzeptionen auch weiterhin aufeinander.

¹⁴ Rolf Mützenich im Handelsblatt am 19. Juni 2008:

<http://www.handelsblatt.com/politik/handelsblatt-kommentar/die-unheimliche-liga:1445190>

¹⁵ Hans-Ulrich Klose im n-tv Interview am 2. Mai: http://www.n-tv.de/Interview_mit_HansUlrich_Klose_Leben_koennten_wir_mit_allen/020520080100/953459.html

¹⁶ Zitiert nach: Nass, Matthias: Unternehmen Weltfrieden, in: Die Zeit, 15. Mai 2008, S. 40. <http://www.zeit.de/2008/21/OdE30-Frieden>

¹⁷ Condoleezza Rice in Aspen, Colorado, 2. August 2008.

<http://www.state.gov/secretary/rm/2008/08/107646.htm>

¹⁸ Robert Kagan im Interview mit dem Deutschlandradio am 7. Juni 2008:

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/tacheles/796668/>

¹⁹ <http://www.cnsnews.com/public/content/article.aspx?RsrclID=37091>

Die Suche einer Basis der Liga der Demokratien – "Community of Democracies"

Ansätze für ein globales Bündnis demokratischer Staaten gibt es bereits seit acht Jahren. Im Jahr 2000 wurde auf Initiative der USA in Warschau eine "Gemeinschaft der Demokratien" ("Community of Democracies") als ein loser Zusammenschluss liberal-demokratischer Staaten gegründet. Die Gemeinschaft – der neben 100 weiteren Staaten auch Deutschland beitrug – formulierte das Ziel, demokratische Werte zu verbreiten, demokratische Institutionen und Prozesse zu stärken und in absehbarer Zeit "Koalitionen der Demokratien" in den bestehenden internationalen Institutionen zu bilden.²⁰

Zweifelsohne blieb dieses auf Betreiben Madeleine Albright's gegründete Forum hinter den Erwartungen zurück. Angesichts des Zieles, eine Liga der Demokratien als eine neue, handlungsfähige Organisation ins Leben zu rufen, erscheint es wenig ratsam, die Community of Democracies als Basis zu nutzen. Andererseits offenbart dieser erfolglose Versuch eines Neustarts die Etablierungsschwierigkeiten einer global agierenden Institution. Insgesamt böte sich daher vor dem Hintergrund dieser Erfahrung an, ein bereits etabliertes Forum als Basis einer Liga der Demokratien zu nutzen.

"Globale Nato"

Henning Riecke, Programmleiter der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bei der DGAP, konstatierte in einem Aufsatz zur "Global Nato" vom März 2008, dass die Aufwertung der Nato zu einer Allianz der Demokratien seit längerer Zeit das Ziel Amerikas sei.²¹ Insbesondere gilt der außenpolitische Berater Obamas, Ivo Daalder, als einer der führenden Befürworter der Idee, das Militärbündnis, das im nächsten Jahr sein 60-jähriges Bestehen feiert, als Kern einer weltweiten

Gemeinschaft der Demokratien zu nutzen. Der Gedanke erscheint vor allem deshalb attraktiv, da dies die Chance böte, eine internationale Organisation zu kreieren, die bereits bei ihrer Gründung sowohl eine politische Kohärenz aufweist, als auch fähig ist, im Bedarfsfall militärische Unterstützungen und Krisenmanagement durchzuführen.²² Entscheidend hierbei wäre jedoch, dass die Beschränkung auf den transatlantischen Raum vollends aufgegeben würde und sich das Militärbündnis der globalen Verantwortung in vollem Umfang stellen müsste.

Bereits das 2002 während des Prager Nato-Gipfels verabschiedete Partnerschaftskonzept sieht ausdrücklich die militärische sowie politische Zusammenarbeit der Nato mit den so genannten "Contact Countries" Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan vor. Diese Zusammenarbeit bildet bereits heute eine wesentliche Säule der Nato, neben der Partnerschaft mit Nachbarregionen und den stetig komplizierter werdenden Sonderbeziehungen zu Russland und der Ukraine.²³

Unabhängig von dieser globalen Ausrichtung steht die Nato heute jedoch lediglich jedem europäischen Land zum Beitritt offen. Artikel 10 des Washingtoner Vertrags ermöglicht den Mitgliedern, jeden "europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen", zum Beitritt einzuladen.

Zurzeit scheint das Netzwerk der Globalen Partnerschaft noch weit von dem Ziel einer Globalen Nato oder gar Allianz der Demokratien entfernt. Wenngleich Australien und Neuseeland Truppen für die von der Nato geführte Mission in

Afghanistan stellen und auch Japan die Nato indirekt unterstützt, wird in diesen Ländern die Option einer Mitgliedschaft ohne jede Begeisterung diskutiert. Eine starke zukunftsfähige Allianz benötigt jedoch eine gemeinsame Ansicht, gemeinsame Interessen und die Bereitschaft, Kompromisse schließen zu können. Da sich jedoch weder ein konkretes Interesse Australiens, Neuseelands noch Japans an einer Mitgliedschaft nachweisen lässt und auch zu erwarten ist, dass europäische Staaten eine Umgestaltung zur Globalen Nato blockieren werden, ist eine Änderung des Vertragswerkes unwahrscheinlich.²⁴ Unabhängig von der Frage nach dem Wortlaut des Artikel 5, der die militärische Beistandsverpflichtung sehr unverbindlich regelt, da die Art und der Umfang der Unterstützung der Entscheidung jedes Mitgliedsstaats obliegen, ist ein Beitrag Spaniens an der Verteidigung Australiens sehr konstruiert. Andererseits ist aus amerikanischer Perspektive nachvollziehbar, dass keine Vorbehalte gegen eine Aufnahme neuer Staaten in das Militärbündnis bestehen, da aus Sicht der USA kein Unterschied zwischen den Sicherheitsverpflichtungen gegenüber den Nato-Staaten und den Sicherheitsgarantien gegenüber Japan und Südkorea besteht. Zugleich offenbart dieser Umstand die wahren Hintergründe des geringen Beitrittsinteresses der neuen möglichen Mitgliedsstaaten, da bereits heute die bestehenden Beistandsgarantien der USA eine Mitgliedschaft in der Nato äquivalent erscheinen lassen und sich die eigene Sicherheitslage durch eine Mitgliedschaft in der Nato nicht merklich ändern würde.

Es ist nicht zuletzt eine Einsicht in diese Tatsache, die auch den Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer bei vielen Gelegenheiten zu eindeutigen Absagen an eine globale Ausweitung der Mitgliedschaft zur Nato führt: "[T]he alli-

²² Daalder, Ivo und James Goldgeier: Global Nato, in: Foreign Affairs, Sep. / Okt. 2006. http://www.foreignaffairs.org/20060901faessa_y85509/ivo-daalder-james-goldgeier/global-nato.html

²³ Riecke, Henning und Simon Koschut: Globale Nato aber wie?, in: Internationale Politik, März 2008, S. 63 ff. <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/maerz/globale-nato-----aber-wie-.html>

²⁴ Keller, Patrick und Thomas Kunze: Im Zeichen des Nato-Gipfels: Chancen und Grenzen der Osterweiterung, Analysen & Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2008, S. 5. http://www.kas.de/wf/doc/kas_13738-544-1-30.pdf

²⁰ Homepage: <http://www.ccd21.org/about.htm>

²¹ Riecke, Henning und Simon Koschut: Globale Nato - aber wie?, in: Internationale Politik, März 2008, S. 63. <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/maerz/globale-nato-----aber-wie-.html>

ance must be an alliance with global partners not a global alliance."²⁵

Dass es den USA in der Vergangenheit nicht gelungen ist die Nato nach ihren Vorstellungen umzugestalten, ist andererseits ein wichtiges Indiz dafür, dass die Nato keine Organisation ist, die nach Belieben durch die USA dominiert werden könnte. Gerade die Verlautbarungen Russlands verdeutlichen, dass hier die Nato als ein Instrument der USA interpretiert wird, das lediglich dem amerikanischen Dominanzstreben diene. Ferner wird der Nato unterstellt, dass sie ihr Wesen als Militärbündnis nicht geändert habe und in vielen Streitfragen der internationalen Politik Konflikte militärisch auch ohne Beschluss der Vereinten Nationen zu lösen sucht.

Bei seinem Berlinbesuch am 5. Juni 2008 sagte der russische Präsident Medwedew: *"Die Nato schafft es ebenso nicht, ihrer Existenz einen neuen Sinn zu verleihen. Gegenwärtig wird versucht, diesen Sinn mit der globalisierten Mission der Allianz zu begründen, dies u. a. unter Verletzung der Prärogativen der UNO, von denen ich gerade gesprochen habe, sowie durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Es ist aber offensichtlich, dass dies keine Lösung für die gestellte Aufgabe sein kann.*"²⁶

Insbesondere aus russischer Sicht stellt sich die Frage nach dem Geltungsbereich des Nato-Vertrages und somit der geopolitischen Reichweite des Bündnisses dringlich. Nicht zuletzt, weil eine Globale Nato das Konfliktpotential zu Russland vergrößern würde, ist zwar die globale Partnerschaft innerhalb der Nato weiter auszubauen, eine Mitgliedschaft der Contact Countries jedoch nicht anzustreben. Aus nationaler Perspektive gilt es vor allem nach der deutschen Zustim-

mung und Beteiligung an dem Militäreinsatz der Nato 1999 gegen Serbien, zukünftig eine in der öffentlichen Wahrnehmung problematisch erscheinende Selbstmandatierung des Militärbündnisses zu vermeiden. Wenngleich aus der Perspektive der USA die Nutzung einer erweiterten Nato als Vorstufe der Liga der Demokratien als eine attraktive Interimslösung betrachtet wird, ist vor dem Hintergrund der grundsätzlich divergierenden Grundlagen beider Organisationen eine Gründung der Liga der Demokratien auf Basis der Nato kritisch zu bewerten. Jedem, der das Vorgehen der Nato 1999 gegen Serbien jedoch prinzipiell gutheißt, muss an einer Gründung einer Liga gelegen sein, da der Anspruch eines Mandats, das durch alle Demokratien dieser Welt verhängt wurde, ungleich größer ist als das eines west-atlantischen Militärbündnisses.

Die Nutzung der G-7 als Basis der Liga der Demokratien

Nach dem russischen Einmarsch in Georgien erschien neben dem geschlossenen Vorgehen aller EU-Staaten vor allem bemerkenswert, dass die sieben wichtigsten Industriestaaten das russische Vorgehen verurteilt haben. In einer am 3. September veröffentlichten Erklärung der G-7-Außenminister wurden der "übermäßige Einsatz" von militärischer Gewalt in Georgien und die andauernde russische Präsenz in Teilen des Landes gerügt. Somit wird offenbar, dass diese Staatengruppe, die 1975 aufgrund der Notwendigkeit zur Koordinierung weltwirtschaftlicher, währungs- und finanzpolitischer Prozesse gegründet worden war, heute für ein Synonym von Nationen steht, die im Konzert der Mächte eine besondere, weit über Wirtschafts- und Finanzthemen hinausreichende Verantwortung übernehmen.

Diese außenpolitische Positionierung der G-7 ist insofern bahnbrechend, da 1998 die Erweiterung der G-7 um Russland zur G-8 vollzogen wurde, nachdem bereits 1992 Michail Gorbatschows an einem G-7-Treffen in München teilnahm. Eine Rückbesinnung

auf den seit 1976 existierenden Kreis der G-7 offenbart die Notwendigkeit einer gemeinsamen Wertebasis, die von McCain bereits seit 2003 mit dem Appell eines Ausschlusses Russlands offensiv eingefordert wird.²⁷ Hierzu kann angemerkt werden, dass ein formeller Ausschluss Russlands, der von Obama strikt abgelehnt wird, nicht notwendigerweise vollzogen werden muss, solange es der Gruppe der sieben demokratischen Nationen gelingt, parallel – wie seit jeher im Vorfeld der G-8-Treffen üblich – zu tagen und ihre Beziehungen zu vertiefen.

Unabhängig von dieser Frage ist entscheidend, dass die Staatengruppe anders als die klassische Regionalorganisation wie etwa die EU, Nato oder ASEAN keinen klar definierten geographischen Raum repräsentieren. Doch obwohl die G-7 eindeutig globale Bedeutsamkeit erlangte, ist nie eine Konkurrenz zum Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konstruiert und diskutiert worden. Spätestens seit während der Treffen über neue Themenfelder wie Energieversorgung, Entwicklungspolitik und Umwelt und Weltklima diskutiert wird, wurde offensichtlich, dass diese Staatengruppe auch ohne Mandat und Kompetenz der Vereinten Nationen einen höchst sinnvollen und wünschenswerten Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen leisten kann, ohne dass hierdurch der Sicherheitsrat oder die Vereinten Nationen bedroht wurden. Es kann daher angenommen werden, dass auch die Liga der Demokratien existieren könnte, ohne den universellen Charakter der Vereinten Nationen in Frage zu stellen. Bedeutsam ist demnach insgesamt eine Mehrebenenpolitik, die sowohl die Bedeutung der Vereinten Nationen stärkt, aber zugleich anderen Organisationsformen Raum schafft.

"G-7 plus"

Die bisherigen Diskussionen einer Erweiterung der G-7 zielten in

²⁵ Press Conference at the Summit of Nato Foreign Ministers in Sofia, Bulgaria, 27. April 2006.

²⁶ Rede Präsident Medwedews am 5. Juni 2008 in Berlin: <http://www.petersburger-dia-log.de/files/Rede%20Medwedew%20deutsch.pdf>

²⁷ McCain, John: An Enduring Peace Built on Freedom. Securing America's Future, in: Foreign Affairs, Nov. / Dez. 2007. http://www.foreignaffairs.org/20071101faessa_y86602/john-mccain/an-enduring-peace-built-on-freedom.html

der Vergangenheit vornehmlich auf Russland und die aufstrebende Welt- und Wirtschaftsmacht China. Als der britische Premier Tony Blair 2006 in Sankt Petersburg vorschlug, den Kreis auf G-13 zu erweitern, stieß er einerseits auf den Widerstand der anderen Mitgliedsnationen und zum anderen kann konstatiert werden, dass auch China aus einer Vielzahl von Gründen eine Aufnahme in den Kreis der führenden Industrienationen ohnehin nicht anstrebt. Trotz der wachsenden Wirtschaftskraft betrachtet sich China gern als Schwellenland, das umfangreiche internationale Hilfe erhält und als Mitglied der G-20 (Gruppe der Industrie- und Schwellenländer) die Rolle eines Anwalts der Nationen der 3. Welt glaubhafter zu spielen vermag.²⁸

Unabhängig von der Frage, ob Russland aus dem Kreis der G-8 ausgeschlossen werden sollte, empfiehlt sich eine Intensivierung der Zusammenarbeit der G-7 mit anderen Demokratien dieser Welt. Aufgrund der erfolgreichen, mehr als dreißigjährigen Geschichte böte sich dieser Staatenszusammenschluss als Basis einer Liga der Demokratien in besonderer Weise an. Eine Einladung zu einem Treffen der "G-7 plus" könnte der Beginn einer Formierung einer neuen Organisationsform sein, wenngleich es ein weiter Weg ist, von einem solchen Treffen bis hin zur Gründung einer neuen internationalen Organisation, mit reglementierten Sitzungen, Budget, Abstimmungsverfahren.

Eine handlungsfähige und reformierte UN als Alternative?

Der Präsident der UN-Vollversammlung Srgjan Kerim, äußert sich in einem FAZ-Interview vom 30. Mai 2008 negativ zu der Idee einer Liga der Demokratien, da es zu sehr an die Zeit des Kalten Krieges erinnern würde. *"Das ist keine Zukunftsmusik, das ist die Musik der Vergangenheit."* Doch auch er räumt am Ende des Gesprächs ein, dass die Welt zwar die UN brau-

chen würde, "aber nicht die, die wir jetzt haben". Sollten sich die dringend benötigten Reformen als nicht durchsetzbar erweisen, *"häufen sich Ideen wie die einer Liga der Demokratien und überwältigen uns."*²⁹

Angesichts der festgefahrenen Lage innerhalb der internationalen Beziehungen stellt sich die Frage, ob auch zukünftig die Krise verwaltet wird oder die Potentiale entwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit Russland bei der Verhinderung einer atomaren Aufrüstung des Irans bleibt alternativlos und auch die Kooperation mit China in Umwelt- und Klimafragen ist weiterhin von existenzieller Bedeutung. Die Gründung einer Liga wird jedoch den Dialog im Sicherheitsrat nicht beenden, sondern wäre vielmehr ein geeigneter Weg zur Überwindung der Paralyse des Gremiums und somit ein Schritt zur Reform der Vereinten Nationen.

Jeder, der die Idee der Liga leichtfertig ablehnt, sollte eine konkrete und realistische Vorstellung zur notwendigen Reform der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrats haben. Nur wenn es den Demokratien dieser Welt gelingt, den Fokus auf die Vereinten Nationen zu überwinden, werden sich Russland und China ihrer globalen Verantwortung stellen und von ihrer Blockadehaltung abkehren. Setzte der Kreml bis dato seine außenpolitischen Beziehungen zu China als alternative Entwicklungschance und Drohung gegen den Westen ein, gilt es durch die Schaffung einer neuen globalen Institution, den Kooperationsdruck auf Russland und China zu erhöhen.

Dr. Marc Oprach, Hamburg

Dr. Marc Oprach ist Major der Luftwaffe und nimmt seit Oktober 2008 am Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst National an der Führungsakademie der Bundeswehr teil. Dieser Artikel gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

²⁹ FAZ-Interview mit dem Präsidenten der UN-Vollversammlung Srgjan Kerim am 30. Mai 2008.
<http://www.faz.net/s/Rub8ABC7442D5A84B929018132D629E21A7/Doc-E864FEDA68ECA440F82D2BA22AF4898A4~ATpl-Ecommo n-Scontent.html>

²⁸ Lorenz, Andreas: Warum China kein G-8-Mitglied wird, Spiegel online, 4. Juni 2007.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,485635,00.html>

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der pmg.

